

Gemeinde Kirchheim b. München

Sitzungsniederschrift

Gremium:

Gemeinderat

Sitzung am:

01.02.2022

Sitzungsort:

Aula des Gymnasiums

Sitzungsdauer: (von/bis)

19:00 Uhr / 20:34 Uhr

☒ X

Öffentliche
Sitzung

☒ X

Es folgt eine nichtöffentliche
Sitzung

☐

Nichtöffentliche
Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Seiten 40 bis 67,
die Bestandteil dieses Protokolls sind.



Maximilian Böttl
Erster Bürgermeister



Lisa Fraas
Schriftführer

Die Sitzungsteilnehmer sind aus der beiliegenden Anwesenheitsliste (**ANLAGE 1**)
ersichtlich.

Genehmigt:



TOP	Thema
1.	Genehmigung der Niederschriften
2.	Kirchheim 2030
2.1.	Landesgartenschau 2024; Übersicht zum Investitions- und Durchführungshaushalt der Kirchheim 2024 GmbH
2.2.	Ortspark Kirchheim; Pflege- und Unterhaltskosten ab dem Jahr 2025 ff.
3.	Haushalt 2022
3.1.	Verwaltungshaushalt mit Stellenplan
3.2.	Vermögenshaushalt
3.3.	Finanzplan 2022 bis zum Jahr 2025
3.4.	Beschluss über die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen
4.	Antrag von GR Rüdiger Zwarg vom 18.04.2021: "Neubildung der Ausschüsse"
5.	Mitteilungen aus der Verwaltung
5.1.	Eingegangene Anträge
5.2.	Antworten zu Anfragen
5.3.	Sonstiges
6.	Verschiedenes
7.	Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse
8.	Anfragen aus dem Gremium

Der Erste Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Entschuldigt abwesend:

Gemeinderat

Dr. Zenner Christian

Bürgeranfragen:

1. Anfrage zum Ortspark der Landesgartenschau:

Es gibt drei Versionen für den Ortspark. Das einfache Modul ohne Landesgartenschau beträgt 16,3 Mio. Euro, wenn man die 6 Mio. Euro Zuschuss der Bauträger abzieht, kommt man auf 10 Mio. Euro.

Bei der Version des Ortsparkes auf Landesgartenschau Niveau ohne Durchführung einer Landesgartenschau sind 26,6 Mio. Euro veranschlagt. Auch hier der Abzug der 6 Mio. Euro Zuschuss ergibt 20,6 Mio. Euro.

Die Version der Durchführung einer Landesgartenschau mit Ortspark auf Landesgartenschau-niveau beträgt 22,4 Mio. Euro, abzüglich von 8,9 Mio. Euro Zuschuss ergibt 17,1 Mio. Euro.

Nun gibt es ein Schriftstück, das besagt, dass die Gemeinde sich den Ortspark auf Landesgartenschau-niveau mit Durchführung der Landesgartenschau leisten kann, weil die Differenz circa 700.000 Euro beträgt. Könnte das Zustandekommen der Zahlen erläutert werden?

Antwort:

Im TOP 2.1 ist alles zusammengefasst. Gerne beantwortet die Kirchheim 2024 GmbH die Anfrage schriftlich, damit dies ordentlich analysiert wird.

2. Anfrage zu den Investitionskosten der Landesgartenschau:

Es gibt bei den Investitionskosten der Landesgartenschau nicht dazugehörige Leistungen wie der Hausener Holzweg. Waren das nicht Erschließungskosten?

Antwort:

Dabei geht es um die höherwertige Gestaltung des Bereichs. Es handelt sich um die durchschnittliche Leistung, welche im städtebaulichen Vertrag sowie im Erschließungsträger vertrag nachvollziehbar ist und durch die Erschließungsträger zu finanzieren ist.

1. Genehmigung der Niederschriften

Beschlussvorschlag:

Gegen diese Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

2. Kirchheim 2030

2.1. Landesgartenschau 2024; Übersicht zum Investitions- und Durchführungshaushalt der Kirchheim 2024 GmbH

Sachverhalt:

Nachfolgend wird aufgezeigt, welche Kosten durch den Bau des neuen Ortsparks und für die Durchführung der Bayerischen Landesgartenschau voraussichtlich entstehen, welche Einnahmen voraussichtlich generiert werden können und wie hoch der Zuführungsbetrag der Gemeinde (Stand: 14.01.2022) ausfallen wird.

I. Bau des Ortsparks (Investitionshaushalt)

Baukosten (netto) inkl. Baunebenkosten und Zusatzleistungen	22.362.780 Euro
Baukosten (inkl. 9% BKI und Risikopuffer) (Deckelung gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 14.09.2021)	16.000.000 Euro
Baunebenkosten (28%)	4.590.600 Euro
Bushaltestellen an der Heimstettener Straße	185.000 Euro
Wendehammer am Hausener Holzweg	150.000 Euro
Gehweg am Generationenplatz	60.000 Euro
Kosten Rückübertrag an die Gemeinde (in Prüfung)	1.377.180 Euro
Voraussichtliche Förderungen	8.965.200 Euro
Voraussichtliche Zuführung durch die Gemeinde	<u>13.397.580 Euro</u>

Hinweise zum Investitionshaushalt

- Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 14.09.2021 die Baukosten auf 16.000.000 Euro gedeckelt.
- Die Höhe der Baunebenkosten ist abhängig von den Baukosten.
- In den Gesamtkosten sind 395.000 Euro für Maßnahmen außerhalb des Ortsparks enthalten.
- Zu den Kosten für die Rückübertragung an die Gemeinde (1.377.180 Euro)

Die Kirchheim 2024 GmbH ist eine gemeinnützige GmbH (ohne Gewinnerzielungsabsicht) und somit zum Vorsteuerabzug berechtigt, die Gemeinde hingegen nicht. Mit Auflösung der Kirchheim 2024 GmbH wird der Ortspark an die Gemeinde Kirchheim zurückgegeben. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Kirchheim 2024 GmbH fällt bei dieser Rückübertragung lediglich der verminderte Steuersatz von derzeit 7% an. Für den Zeitwert (Baukosten netto) fällt im Jahr der Durchführung der Landesgartenschau eine Sonderabschreibung i.H. von 30% an. Für den Restwert ist der verminderte Steuersatz an das Finanzamt abzuführen.

Die Kosten für den Rückübertrag können möglicherweise durch ein Fortbestehen der Gesellschaft vermieden werden, was noch detailliert geprüft werden muss.

- Zur voraussichtlichen Förderung (8.965.200 Euro)
Wir sind bisher davon ausgegangen, dass wir für die Maßnahme „Errichtung eines Generationenplatzes mit Parkarchitektur LGS 2024“ von der Regierung von Oberbayern (Städtebauförderung) eine Zuwendung i.H.v. 800.000 Euro erhalten. Erfreulicherweise ist uns am 21.01.2022 ein vorläufiger Bewilligungsbescheid zugegangen, nach dem wir 965.200 Euro erhalten werden.

II. Durchführung der Landesgartenschau (Durchführungshaushalt)

Durchführungskosten (netto)	10.455.000 Euro
------------------------------------	------------------------

Errichtung von Bauten und Anlagen	3.244.000 Euro
Durchführung der Ausstellung	3.446.000 Euro
Allgemeiner betrieblicher Aufwand	2.165.000 Euro
Personalkosten	1.600.000 Euro

Voraussichtliche Einnahmen	6.885.000 Euro*
-----------------------------------	------------------------

Einnahmen im Rahmen der Durchführung	6.680.000 Euro
Zuschuss des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	200.000 Euro

Voraussichtliche Zuführung durch die Gemeinde	<u>3.570.000 Euro</u>
--	------------------------------

* Die Summe der Einnahmen kann sich noch ändern, da der Aufsichtsrat der Kirchheim 2024 GmbH in seiner nächsten Sitzung (März 2022) die Ticketpreise festlegen wird.

III. Kostenentwicklung ohne Durchführung der Landesgartenschau Kirchheim 2024

Um zu verdeutlichen, wie sich die Maßnahme für die Gemeinde ohne die erfolgte Bewerbung und den Zuschlag für die Durchführung einer Bayerischen Landesgartenschau auf den gemeindlichen Haushalt ausgewirkt hätte, sind nachfolgend zwei Annahmen aufgeführt.

Annahme 1

Die Gemeinde Kirchheim beauftragt das Büro SINAI mit dem Bau des Ortspark in gleicher Qualität sowie zuzüglich der Maßnahmen außerhalb des Ortsparks. Bei den Kosten ist zu berücksichtigen, dass die Gemeinde nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist und insofern die Bruttokosten (Kirchheim 2024 GmbH: Nettokosten) aufwenden müsste.

Baukosten Ortspark (158 Euro/qm) für 101.000 qm	26.611.708 Euro
---	-----------------

Eigenanteil	<u>26.611.708 Euro</u>
--------------------	-------------------------------

Zum Vergleich:

Zuführungsbedarf der Gemeinde <u>mit</u> Landesgartenschau	16.967.580 Euro
(Investitions- und Durchführungshaushalt)	

Durchführungshaushalt	3.570.000 Euro
Investitionshaushalt	13.397.580 Euro

Annahme 2

Die Gemeinde beauftragt ein Planungsbüro mit dem Bau des Ortsparks ohne Landesgartenschau (einfacher Park lt. B-Plan 100 mit Baukosten von 80 Euro/netto).

Baukosten (80 Euro/qm) für 101.000 qm	9.615.200 Euro
Baunebenkosten (28%)	3.571.227 Euro
Baunebenkostensteigerung 9% (analog LGS)	1.053.114 Euro
Archäologie und Erdbau (verpflichtend!)	1.110.270 Euro
Vorbereitende Maßnahmen (analog LGS)	505.750 Euro
Bushaltestellen an der Heimstettener Straße	220.150 Euro
Gehweg am Generationenplatz	71.400 Euro
Wendehammer am Hausener Holzweg	178.500 Euro

Investitionskosten für den Ortspark ohne Landesgartenschau 16.325.611 Euro

Zuführungsbedarf der Gemeinde für den Ortsparkbau mit Landesgartenschau 16.967.580 Euro

Differenz 641.969 Euro

Für den finanziellen Mehraufwand von 641.969 Euro kann die Gemeinde aufgrund der Durchführung der Landesgartenschau im Ortspark folgende Bürgerwünsche umsetzen und über die Veranstaltung der Landesgartenschau Kirchheim 2024 hinaus für die Bürgerinnen und Bürger enthalten:

- Parksee mit Liegewiese, Uferbalkonen und -terrassen sowie einer Wasserfläche von 7.300 qm
- Spielplatz „Keltenwelten“ mit Spielgeräten für Kleinkinder, Schulkinder und Jugendliche auf einer Fläche von 1.200 qm
- Park-Kanzel (Gesamthöhe: 8,5 m) mit Blick über den Ortspark und die Alpenkette in Richtung Süden
- Park-Pavillon als neuen Outdoor-Veranstaltungsort
- Platzflächen in Natursteinbelägen
- „Generationenplatz“ als hochwertige Begegnungsstätte zwischen Gymnasium und dem „Collegium 2000“
- Verbesserte Wegesituation
- Maßnahmen beim JUZ
- Inseln in der Wildnis
- Aussichtsplattform beim Gymnasium (Wäldchen)

Haushaltrechtliche Auswirkungen (Stellungnahme der Kämmerei):

Die erforderlichen Finanzmittel sind im Haushaltsplan vorgesehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat billigt den Investitions- und Durchführungshaushalt der Kirchheim 2024 GmbH und beschließt, dass die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan vorgesehen werden.

Abstimmung:

Anwesende: 24

Ja:

19

Nein:

5

2.2. Ortspark Kirchheim; Pflege- und Unterhaltskosten ab dem Jahr 2025 ff.

Sachverhalt:

Mit der Landesgartenschau 2024 entsteht, innerhalb des Strukturkonzeptes Kirchheim 2030, eine neue Parkanlage, die der Bevölkerung aus Kirchheim sowie Besuchern als „grüne“ Verbindungsachse zur Verfügung steht. Die Hauptwege im Landesgartenschau Gelände in der Dauernutzung werden in das gemeindliche Radwegenetz integriert. Der neue Park gibt mit seinen Nutzungs- und Gestaltungsformen auch Impulse für die weitere städtebauliche und landschaftliche Entwicklung. Er setzt neue Akzente im Zusammenspiel zwischen ökologischem Ausgleich, Leben und aktiver Freizeitgestaltung im direkten Wohn- und Arbeitsumfeld. Die Pflege und Entwicklung der Anlage nach der Landesgartenschau soll diese Entwicklung hinsichtlich einer langfristigen Erhaltung der Nutzungs- und Gestaltungsqualität sowohl für intensive als auch für extensive Bereiche sicherstellen. Dafür gilt es, die angelegten Flächen zu sichern, die 'grünen' Wegeverbindungen aufrecht zu erhalten und nicht zuletzt attraktive Spiel- und Freizeitaktivitäten als dauerhaftes Naherholungsangebot für alle Alters- und Nutzergruppen zu ermöglichen.

Für die dauerhafte Nutzung spielt die Zonierung des Areals in intensive und extensive Flächen eine wichtige Rolle. Nach dem Rückbau einzelner Ausstellungsbeiträge der LGS soll sich die Pflege im Dauerkonzept auf die stark genutzten und intensiv gestalteten Elemente konzentrieren, während die räumlich und nutzungstechnisch untergeordneten Flächen auch hinsichtlich der Pflege einen geringeren Aufwand erfordern. Im Rahmen der Unterhaltspflege sind diverse Aspekte maßgeblich:

- Reinigung von befestigten Flächen (Flächenreinigung, Winterdienst und Müllentsorgung)
- Grünflächenpflege - intensive und extensive Pflanzungen, Rasen und Wiesen (Mahd, Pflanzflächenpflege, Baumpflege)
- Instandhaltung der Ausstattung
- Prüfung, Wartung und Pflege der Spielbereiche (Spielgeräte, Ausstattung, Fallschutzflächen, Wasserflächen)
- Verkehrssicherungspflichten

Die Leistungen betreffen für die Gesamtfläche von ca. 10 ha insbesondere die intensiv frequentierten Bereiche, wie die asphaltierten Hauptwege, die wassergebundenen Nebenwege und die Wassertechnik für den See, die Spielplätze und punktuelle Spielangebote sowie intensive Pflanzungen wie z.B. die Staudenflächen. Ebenso sind Pflegeleistungen für extensive Wiesen sowie die Streuobstwiese vorzusehen.

Um die Pflege- und Unterhaltsmaßnahmen durch die Gemeinde Kirchheim sicherzustellen und den Ortspark auch nach der Landesgartenschau 2024 in einem optimalen Zustand zu halten, sind folgende Personal- und Finanzmittel bereitzustellen.

Zur Ermittlung des Personalbedarfs wurden auf Grundlage der Mengen aus dem Pflege- und Nutzungskonzept und den „Kennzahlen für die Erstellung und Unterhaltung von Grünanlagen“ aus der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz (GALK) die erforderlichen Arbeitszeiten kalkuliert.

Im Einzelnen wie folgt:

Berechnung Personalbedarf (AK) für Pflege von Grün- und Parkflächen

Alle m² Angaben beziehen sich auf den Planungsstand EPL Ortspark Vorabzug vom 18.01.2021

Flächen	m²	Jahresarbeits- minutenaufwand	Soll Vollzeit AK / Jahr
Rasen intensive Nutzung	13.970,00	62.865	0,65
Extensive Staudenpflanzungen	6.265,00	28.193	0,29
Intensive Staudenpflanzung	3.790,00	17.055	0,18
Extensive Strauchpflanzungen	5.405,00	24.323	0,25
Intensive Strauchpflanzung	3.845,00	17.303	0,18
Hecken	1.515,00	6.818	0,07
Wildnispark	7.900,00	35.550	0,37
Asphaltflächen/Kleinsteinpflaster	16.000,00	72.000	0,75
Wassergebundene Wegeflächen	5.000,00	22.500	0,23
Sport-/Spielflächen EPDM-Belag	1.100,00	4.950	0,05
Ortbetonflächen	2.000,00	9.000	0,09
Gesamt	66.790,00	300.555	3,12

Jahresarbeitsminutenaufwand: 4,5 min / m² (Grundlage: Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz (Gak)
- Mittlerer Pflegewert von Grün- und Parkanlagen in der Bundesrepublik Deutschland)

Jahresarbeitsminuten Vollzeit AK: 96.420 min
(Grundlage: Bayerischer Kommunalen Prüfungsverband - Geschäftsbericht 2013)

Die Pflege der extensiven Wiesen soll fremdvergeben werden.

Es ist die Einstellung von 3 Mitarbeitern ab Jan. 2025 für den gemeindlichen Bauhof (Fachrichtung Gärtner oder glw.) notwendig, die daraus entstehenden Personalkosten belaufen sich auf ca. 200.000 € jährlich. Ebenso ist die Bereitstellung von Mitteln für Pflege- und Unterhaltsarbeiten für den Ortspark ab dem Haushaltsjahr 2025 in Höhe von 160.000,- € (brutto) jährlich erforderlich. Dieser Betrag beinhaltet die Pflege der extensiven Wiesenflächen, die Instandhaltung und Reparaturarbeiten der Ausstattung (Sportgeräten, Mastleuchten, Entwässerungsanlagen, Bänken, etc.), die jährliche externe Prüfung der Spielgeräte, sowie die Betriebskosten für die Wassertechnik. Gemäß Städtebaulichem Vertrag Kirchheim 2030 erstatten die beteiligten Eigentümer der Gemeinde die anteiligen Unterhaltungs- und Pflegekosten für die öffentlichen Grünflächen einschließlich des Ortspark mit pauschal 2.291.000 €.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom vorliegenden Sachvortrag Kenntnis und billigt ihn vollumfänglich. Der Gemeinderat stimmt zu, dass der Ortspark für die Folgejahre nach der Landesgartenschau Kirchheim 2024 in einem optimalen Zustand zu halten ist. Der Gemeinderat billigt den dafür erforderlichen Personalbedarf von drei zusätzlichen Mitarbeitern für den gemeindlichen Bauhof (Fachrichtung Gärtner oder glw.) und stimmt der Schaffung von drei zusätzlichen Stellen zu. Der Personalbedarf ist im Stellenplan 2024/ 2025 zu berücksichtigen. Die für die Pflege- und Unterhaltskosten erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 160.000,- jährlich sind in den Haushaltsjahren 2025 ff. bereitzustellen.

Abstimmung:

Anwesende: 24

Ja:

22

Nein:

2

3. Haushalt 2022

3.1. Verwaltungshaushalt mit Stellenplan

Beratungsfolge:		Sitzungstermin:	TOP-Nr.:	Abstimmung	
				Ja	Nein
Hauptausschusssitzung	vorberatend	14.12.2021	2.	9 : 2	

Sachverhalt:

Der **Verwaltungshaushalt 2022** wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 14.12.2021 vorberaten und dem Gemeinderat mit 9:2 Stimmen zur Beschlussfassung empfohlen.

Zwischenzeitlich sind verschiedene Aktualisierungen erforderlich geworden, u.a.:

* HHSt. 3501.7130: *Erhöhung Ansatz für Verbandsumlage VHS von bisher 110.000 Euro auf 166.500 Euro, da eine Erhöhung der Umlage auf 13 €/EW erforderlich wird*

* HHSt. 9000.0616: *Erhöhung Ansatz für Einnahmen aus Grunderwerbsteuer im Hinblick auf das positive Rechnungsergebnis 2021 von bisher 1,0 Mio. Euro auf 1,1 Mio. Euro*

Als Konsequenz dieser Änderungen (Einnahmen und Ausgaben) hat sich auch die Zuführung vom VwH zum VmH nochmals geringfügig verringert (von ursprünglich 110.700 Euro auf 109.600 Euro).

Der Verwaltungshaushalt schließt nach Einarbeitung aller erforderlichen Änderungen in Einnahmen und Ausgaben mit jeweils **43.085.200 Euro**. Dies entspricht einer Steigerung um rund 3 % gegenüber dem Jahr 2021 (41.724.600 Euro). Dabei wird voraussichtlich lediglich eine geringe **Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in Höhe von 109.600 Euro erreicht** werden. Dieser geringe Überschuss im Jahr 2022 ist als deutliches Signal für eine gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit zu beurteilen, da die Mindestzuführung eigentlich ca. 1.700.000 Euro betragen müsste. Somit ist auch keine freie Spanne zur Finanzierung von Investitionen vorhanden, falls die Realität nicht deutlich von der Planung abweicht. Diese freie Spanne ergibt sich aus der Differenz der Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt zu den Tilgungsleistungen.

Eine deutliche Entspannung der finanziellen Lage deutet sich allerdings ab dem Jahr 2024 an.

Eine aussagekräftige Übersicht mit Prozentanteilen der jeweiligen Einnahmen- und Ausgabenbereiche ist auf der Seite 10 bzw. Seite 13 des Haushaltsplanes 2022 (Vorbericht) abgebildet.

Der **Stellenplan 2022** wurde in der Sitzung des HS am 14.12.2021 beraten und dem Gemeinderat mit 10:1 Stimmen zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Stellenplan ist Bestandteil des Haushaltsplanes.

Die Steuerkraft je Einwohner für das Jahr 2022 beträgt 1.849,99 Euro. (2021: 1.934,63 Euro)

Die Pro-Kopf-Verschuldung zum Ende des Jahres 2022 beträgt gemäß Haushaltsplanung ca. 3.299 Euro. (Ende 2021: 2.266 Euro real bzw. 2.731 Euro theoretisch, da noch nicht ausgeschöpfte und realisierte Kreditemächtigung; pro-Kopf-Verschuldung variiert zudem je nach Stand der Einwohnerzahlen)

Eine Übersicht zu den Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt liegt dieser Beschlussvorlage als Anlage bei.

Bitte beachten: Der Haushaltsplan 2022 liegt als pdf-Datei unter Top 3 als Anlage bei.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Verwaltungshaushalt 2022 sowie den Stellenplan 2022 in der vorliegenden Form.

Abstimmung:

Anwesende: 24

Ja:

22

Nein:

2

3.2. Vermögenshaushalt

Beratungsfolge:		Sitzungstermin:	TOP-Nr.:	Abstimmung	
				Ja	Nein
Hauptausschusssitzung	vorberatend	23.11.2021	2.	9 : 2	

Sachverhalt:

Der **Vermögenshaushalt 2022** wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 23.11.2021 vorberaten und dem Gemeinderat mit 9:2 Stimmen zur Beschlussfassung empfohlen.

Zwischenzeitlich sind noch Aktualisierungen erforderlich geworden, insbesondere:

* HHSt. 2113.9420: Für das Jahr 2022 wurden zusätzliche finanzielle Mittel für die Silva-Grundschule vor allem für Sofortmaßnahmen zum Brandschutzkonzept in Höhe von 275.000 Euro veranschlagt, Gesamtansatz hier somit 325.000 Euro.

* HHSt. 4320.9880: Hier wurden ab dem Jahr 2022 bis einschließlich 2025 pro Jahr 350.000 Euro als Zuschüsse für Investitionsförderungsmaßnahmen für die Collegium 2000 gGmbH veranschlagt.

* HHSt. 4600.9500: Die für das Jahr 2023 eingeplanten Maßnahmen zu den Freianlagen des Jugendzentrums in Höhe von 300.000 Euro wurden auf das Jahr 2022 vorgezogen.

* HHSt. 4640.3500: Es konnten zusätzliche Einnahmen in Höhe von 7,4 Mio. Euro aus Städtebaulichen Verträgen KH 2030 für Kindertageseinrichtungen veranschlagt werden. Diese waren für das Jahr 2021 vorgesehen, da sich die Zahlung auf das Jahr 2022 verschoben hat, können folglich erfreulicherweise auch die erforderlichen Kreditaufnahmen deutlich reduziert werden (von bisher geplanten 17,3 Mio. Euro auf nunmehr 9,6 Mio. Euro).

* HHSt. 9161.3000: Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt für alle (Finanzplan-)Jahre wurde nach Behandlung und Aktualisierung des Verwaltungshaushaltes angesetzt.

* HHSt. 9121.3770: Somit wurden auch die Kreditaufnahmen für die Jahre 2022 und 2023 aktualisiert/reduziert.

* HHSt. 9101.9100: Die Zuführung zur allgemeinen Rücklage konnte für die Jahre 2024 und 2025 auf Grund der höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt deutlich erhöht werden. Zusätzlich und auch als Konsequenz dieser Änderungen (Einnahmen und Ausgaben) kann die voraussichtliche Rücklagenentnahme erhöht (da die Rücklagen zum Ende des Jahres 2021 voraussichtlich höher sein werden als im Haushaltsplan 2021 angesetzt) und die Kreditaufnahme verringert werden.

Der Vermögenshaushalt 2022 schließt nach Einarbeitung aller erforderlicher Änderungen in Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils **37.958.400 Euro**. Im Vergleich zum Jahr 2021 bei einem Ansatz von 33.303.200 Euro steigt das Volumen somit um rund 14 %.

Es wird mit Einnahmen aus Investitionszuweisungen in Höhe von rund **5,8 Mio. Euro** gerechnet (rund 15 % der Einnahmen im VmH).

Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen sind mit rund **2,7 Mio. Euro** veranschlagt (rund 7 % der Einnahmen im VmH).

Durch die Veräußerung von Grundstücken sind Einnahmen in Höhe von rund **782 Tsd. Euro** vorgesehen (rund 2 % der Einnahmen im VmH).

Mit Einnahmen aus städtebaulichen Verträgen (Kirchheim 2030, Hausen Süd u.a.) wird in Höhe von rund **11,94 Mio. Euro** (rund 32 % der Einnahmen im VmH) gerechnet. Diese stellen auch die Haupteinnahmequelle im Vermögenshaushalt 2022 dar.

Es wird voraussichtlich lediglich eine geringe Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in Höhe von **109.600 Euro** (rund 0,3 % der Einnahmen im VmH) erreicht.

Eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage soll in Höhe von **7,0 Mio. Euro** erfolgen (rund 19 % der Einnahmen im VmH).

Zusätzlich sind voraussichtlich Kreditaufnahmen in Höhe von rund **9,6 Mio. Euro** (rund 25 % der Einnahmen im VmH) zu tätigen.

Die größten Ausgabeposten umfassen die folgenden Maßnahmen:

- * Neubau Rathaus mit Bürgersaal in Höhe von 13,7 Mio. Euro (für weitere Kosten in den Jahren 2023 bis 2024 Verpflichtungsermächtigung)
- * Neubau Hort Haus für Kinder II in Höhe von 2,45 Mio. Euro (weitere Kosten in den Jahren 2023 und 2024)
- * Sanierung Anwesen Feldkirchner Straße (Bürgerhaus) in Höhe von 1,0 Mio. Euro (weitere Kosten in den Jahren 2024 und 2025)
- * Sanierung Grund- und Mittelschule anteilmäßig in Höhe von 611 Tsd. Euro
- * Allgemeine Straßenbaumaßnahmen in Höhe von 100 Tsd. Euro
- * Geh- und Radwegenetz im Ortsbereich (inkl. Radverkehrskonzept) in Höhe von 100 Tsd. Euro (weitere Kosten in den Folgejahren)
- * Umbau „Kirchheimer Ei/Oval“ in Höhe von 600 Tsd. Euro (für weitere Kosten im Jahr 2023 Verpflichtungsermächtigung)
- * Umsetzung Projekt Smart City in Höhe von 1,0 Mio. Euro (weitere Kosten in 2023 und 2024, aber im Gegenzug Förderung)
- * Freianlagen Jugendzentrum in Höhe von 300 Tsd. Euro
- * Erschließung Hausen Süd Quartier A und B in Höhe von 2,37 Mio. Euro
- * Planungskosten Umbau S-Bahnhof Nord/Süd in Höhe von 250 Tsd. Euro
- * Darlehensgewährung an die Landesgartenschau GmbH in Höhe von 7,6 Mio. Euro (für weitere Kosten in den Jahren 2023 bis 2025 Verpflichtungsermächtigung)
- * Projekt Geothermie in Höhe von 1,02 Mio. Euro
- * Grunderwerbe in Höhe von 50 Tsd. Euro
- * Bewegliches Anlagevermögen in Höhe von 863 Tsd. Euro
- * Tilgung von Krediten in Höhe von 1,7 Mio. Euro

Insgesamt sind für den **Hochbau 19.706.000 Euro** (rund 52 % der Ausgaben im VmH) und für den **Tiefbau 5.440.000 Euro** (rund 14 % der Ausgaben im VmH) vorgesehen.

Ausgaben für **Investitionszuweisungen** sind in einer Höhe von **rund 1.479.000 Euro** (rund 4 % der Ausgaben im VmH) eingeplant.

Eine aussagekräftige Übersicht mit Prozentanteilen der jeweiligen Einnahmen- und Ausgabenbereiche ist auf der Seite 14 bzw. Seite 15 des Haushaltsplanes 2022 (Vorbericht) abgebildet.

Die in 2021 voraussichtlich zu bildenden Haushaltsausgabereste und Haushaltseinnahmereste sind als Übersicht im Haushaltsplan 2022 dargestellt, welchen das Gremium mit den Unterlagen als pdf-Datei bzw. in Buchform erhalten hat.

Das Gremium erhält zusätzlich die nö Anlage 1 (s. Top 6.1 nö) zu den Grunderwerben der aktuellen und künftigen Finanzplanung.

Eine Übersicht zu den Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt liegt dieser Beschlussvorlage als Anlage bei.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt den Vermögenshaushalt 2022 in der vorliegenden Form.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufnahme der raumluftechnischen Anlagen in Höhe von 1 Mio. Euro in den Vermögenshaushalt.

Abstimmung:

Anwesende: 24 Ja: 22 Nein: 2

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Rücklagenentnahme um 3,5 Mio. Euro zu reduzieren und die Kreditaufnahme um 4,5 Mio. Euro zu erhöhen.

Abstimmung:

Anwesende: 24 Ja: 24 Nein: 0

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Vermögenshaushalt 2022 in geänderter Fassung.

Abstimmung:

Anwesende: 24 Ja: 19 Nein: 5

3.3. Finanzplan 2022 bis zum Jahr 2025

Beratungsfolge:		Sitzungstermin:	TOP-Nr.:	Abstimmung Ja Nein
Hauptausschusssitzung	vorberatend	23.11.2021	3.	10 : 1

Sachverhalt:

Der **Finanzplan bis zum Jahr 2025** wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 23.11.2021 vorberaten und dem Gemeinderat mit 10:1 Stimmen zur Beschlussfassung empfohlen.

Der **Finanzplan bis zum Jahr 2025** ist in Einnahmen und Ausgaben in allen Jahren **nur unter den folgenden Voraussetzungen ausgeglichen:**

Im Jahr 2022 ist eine **Kreditaufnahme** i.H.v. rund 9,61 Mio. Euro sowie eine **Rücklagenentnahme** i.H.v. 7,0 Mio. Euro erforderlich.

Im Jahr 2023 ist eine **Kreditaufnahme** i.H.v. rund 3,73 Mio. Euro sowie eine **Rücklagenentnahme** i.H.v. 5,0 Mio. Euro vorgesehen.

Im Jahr 2024 ist eine **Rücklagenzuführung** i.H.v. rund 8,42 Mio. Euro vorgesehen.

Im Jahr 2025 ist eine **Rücklagenzuführung** i.H.v. rund 2,28 Mio. Euro zu erreichen.

Die Vorhaltung der Mindestrücklage ist in allen Jahren gewährleistet.

Der **Gesamthaushalt 2022 mit einem Volumen von 81.043.600 Euro** ist gegenüber dem Jahr 2021 (75.027.800 Euro) um rund 8 % gestiegen und kann somit wieder als neuer Rekordhaushalt bezeichnet werden.

Die voraussichtlichen **Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt** stellen sich in den Finanzplanjahren wie folgt dar, wobei das dringend vorgegebene Ziel ist, ab dem Jahr 2023 einen höheren Überschuss im Verwaltungshaushalt erwirtschaften zu können:

2022: Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in Höhe von: 109.600 Euro
 2023: Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in Höhe von: 561.100 Euro
 2024: Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in Höhe von: 3.756.300 Euro
 2025: Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in Höhe von: 2.312.300 Euro

Der **Stand der allgemeinen Rücklage** könnte somit zum Ende des Jahres 2025 bei rund 15 Mio. Euro liegen.

Zu beachten: Die Betriebsmittel der Kasse, d.h. Kassenverstärkungsmittel in Höhe von ca. 3,5 - 4 Mio. Euro, sind im jeweiligen Rücklagenstand enthalten.
 Weitere Einzelheiten werden bei Bedarf in der Sitzung erläutert.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt den Finanzplan bis zum Jahr 2025 in der vorliegenden Form.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Verwaltung überprüft, ob gegen GRM Zwarg ein Rügeverfahren zu eröffnen ist, weil er den Aufsichtsratsvorsitzenden des Kommunalunternehmens bezichtigt, an einer widerrechtlichen Schädigung beteiligt gewesen zu sein.

Abstimmung:

Anwesende: 24 Ja: 16 Nein: 8

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass etwaige Grundstücksverkäufe per Ausschreibung erfolgen sollten.

Abstimmung:

Anwesende: 24 Ja: 4 Nein: 20

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Finanzplan bis zum Jahr 2025 in der vorliegenden Form.

Abstimmung:

Anwesende: 24 Ja: 19 Nein: 5

3.4. Beschluss über die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen

Sachverhalt:

Der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2022 sowie der Finanzplan bis zum Jahr 2025 wurden bereits in vorhergehenden Tagesordnungspunkten 3.1, 3.2 und 3.3 beraten und beschlossen.

Abschließend hat der Gemeinderat nun über den gesamten Haushalt 2022 zu beschließen. Die Haushaltssatzung 2022 ist diesem Top als Anlage 1 beigelegt.

Der Haushaltssatzung und damit der Haushaltsplan 2022 ist genehmigungspflichtig, da zum einen Kreditaufnahmen im Jahr 2022 sowie im Vermögenshaushalt weiterhin ab dem Jahr 2022 Verpflichtungsermächtigungen erforderlich und zugleich Kreditaufnahmen geplant sind (s. Art. 67 (Abs. 4) GO, § 9 KommHV).

Zusammensetzung der Verpflichtungsermächtigungen aus dem Jahr 2022:

- ☐ Neubau Rathaus mit Bürgersaal: insgesamt 2,343 Mio. Euro in den Jahren 2023, 2024
- ☐ Umbau Kirchheimer Ei/Oval: insgesamt 7 Mio. Euro im Jahr 2023
- ☐ Darlehensgewährung an die Landesgartenschau GmbH: insgesamt 1,199 Mio. Euro in den Jahren 2023, 2024, 2025

Die Verpflichtungsermächtigungen insgesamt betragen 35,9 Mio. Euro - mit folgender Zusammensetzung:

Im Haushaltsplan 2022 beträgt die Gesamtsumme der Verpflichtungsermächtigungen aus dem Jahr 2022 für die Jahre 2023 bis 2025 somit 10,54 Mio. Euro.

Im Haushaltsplan 2022 beträgt die Gesamtsumme der Verpflichtungsermächtigungen aus dem Jahr 2021 für die Jahre 2022 bis 2024 somit 12,359 Mio. Euro.

Im Haushaltsplan 2022 beträgt die Gesamtsumme der Verpflichtungsermächtigungen aus dem Jahr 2020 für die Jahre 2022 und 2023 nun 13,0 Mio. Euro.

Das Gremium hat den kompletten Haushalt 2022 mit allen Anlagen im Rahmen der Beratungen zu den vorhergehenden Tagesordnungspunkten als pdf-Datei (zum Downloaden) und/oder in Buchform wie gewünscht erhalten. Somit ist der Gemeinderat wie in den vorhergehenden Jahren ständig über alle Ansätze sowie Hintergründe und Statistiken vollständig informiert und kann sich jederzeit ein fundiertes Bild über die Haushaltslage machen.

Sollten weitere Änderungen der Haushaltsansätze im Rahmen und Vollzug der Haushaltsdiskussion nötig werden, so erhält jedes Gemeinderatsmitglied einen entsprechenden Auszug aus der Niederschrift mit den jeweiligen Änderungen.

Der endgültige Haushaltsplan (insofern noch Änderungen vorzunehmen sind) wird anschließend auch im Internet veröffentlicht.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung 2022 mit ihren Anlagen in der vorliegenden Form.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung 2022 mit ihren Anlagen, inklusive der beschlossenen Änderungen in der vorliegenden Form.

Abstimmung:

Anwesende: 24

Ja:

19

Nein:

5

4. Antrag von GR Rüdiger Zwarg vom 18.04.2021: "Neubildung der Ausschüsse"

Sachverhalt:

Der TOP wird mittels Geschäftsordnungsantrag vertagt.

Herr Zwarg richtete am 18.04.2021 folgende E-Mail an die Verwaltung:

„Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister,

bitte setzen Sie den Punkt "Neubildung der Ausschüsse" auf die Tagesordnung der o.g. Sitzung. Das Verwaltungsgericht hat im Schreiben vom 11.2. eine Entscheidung "so im März/April" angekündigt. Wir gehen davon aus, dass die gegenwärtige Zusammensetzung rechtswidrig ist und dringend korrigiert werden muss. Das Urteil wird nachgeliefert. Ggfs. muss vertagt werden.

Mit freundlichem Gruß

Rüdiger Zwarg“

Stellungnahme der Verwaltung

- Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 04.05.2021 beschlossen, dass der Antrag von Herrn Zwarg vertagt wird. Grund hierfür war, dass das Urteil des VG München nicht vorlag. Das VG München hat am 12.05.2021 die Klage abgewiesen. Das Urteil wurde uns am 25.05.2021 per E-Mail durch unseren Rechtsanwalt zur Kenntnis gebracht. Die beigeladenen Gemeinderatsfraktionen haben eine Abschrift erhalten, weshalb wir das Urteil nicht der Sitzungsvorlage beigelegt haben.
- Der Antrag der Klägerin auf Zulassung der Berufung ist ohne Erfolg geblieben (Beschluss BayVGH v. 20.10.2021).
- Die Anhörungsrüge der Klägerin wurde zurückgewiesen (Beschluss BayVGH v. 04.01.2022). Die beigeladenen Gemeinderatsfraktionen haben eine Abschrift erhalten, weshalb wir den Beschluss nicht der Sitzungsvorlage beigelegt haben.

Da die Verteilung der Ausschusssitze sowie die Besetzung der Sitze rechtmäßig war, der Antrag auf Zulassung der Berufung abgelehnt und die Anhörungsrüge zurückgewiesen wurde, sollte der Antrag von Herrn Zwarg vom 18.04.2021 („Neubildung der Ausschüsse“) abgelehnt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag von Herrn Zwarg vom 18.04.2021 („Neubildung der Ausschüsse“) wird abgelehnt.

Beschluss:

Antrag von GRM Zwarg:
Der Gemeinderat beschließt, ob namentlich darüber abgestimmt werden soll, dass der Tagesordnungspunkt vertagt werden soll.

Abstimmung:

Anwesende: 24 Ja: 9 Nein: 15

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Abstimmung:

Anwesende: 24 Ja: 19 Nein: 5

5. Mitteilungen aus der Verwaltung

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt kein Sachvortrag vor.

5.1. Eingegangene Anträge

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt kein Sachvortrag vor.

5.2. Antworten zu Anfragen

E-Mail vom 06.01.2022 von GRM Heinz-Fischer: Bebauungsplan 100

Hallo Herr Böhmfeld,

bezüglich des B-Plans 100 sind folgende Fragen aufgetaucht:

1. *Wer legt fest bzw. beantragt wann ein Freisteller vorliegt?*

Antwort: Dies ist in Art. 58 BayBO geregelt.

2. *Wer prüft, ob ein Freisteller berechtigt ist und die Grundlagen dafür vorliegen?*

Antwort: Dies ist ebenfalls in Art. 58 BayBO geregelt.

3. *Was passiert, wenn festgestellt wird, dass der Freisteller zu Unrecht gegeben wurde. Mit anderen Worten, was passiert, wenn die Bauausführung vom B-Plan trotz Freisteller abweicht?*

Antwort: Dies obliegt der Bauaufsichtsbehörde und wird von dieser im Einzelfall entschieden. Die Frage kann daher von der Gemeindeverwaltung nicht beantwortet werden.

4. *An wen wendet sich ein Bürger, wenn er berechtigte Zweifel an der Bauausführung hat?*

Antwort: Unmittelbare Verfahrensbeteiligte (Eigentümer der Nachbargrundstücke, vergleiche Art. 66 BayBO) können sich an die Bauaufsichtsbehörde wenden. Nicht unmittelbare Verfahrensbeteiligte haben keinen Anspruch auf eine Beteiligung.

5. *Ab wann wird ein Dachgeschossausbau zur Geschossfläche dazu gerechnet?*

Antwort: Es werden grundsätzlich nur Vollgeschosse auf die Geschossfläche angerechnet, aktuell gibt es keine gesetzliche Definition hierzu. Bei einer früheren Novelle der BayBO wurde dieser Passus entfernt, wird auf Grund von mangelnden Nachfolgeregelungen aber weiterhin von den Genehmigungsbehörden herangezogen. Demnach gelten Dachgeschosse dann als Vollgeschoss, wenn Sie über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine Höhe von mindestens 2,30 m haben.

Für die Bemühungen und die Beantwortung dieser Fragen dürfen wir uns schon einmal herzlich bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Heinz-Fischer (HeiFi)

Gemeinderat

1. Vorsitzender VFW

5.3. Sonstiges

Sachverhalt:

Das Schreiben an die Eltern der Grundschulen liegt anbei.

6. Verschiedenes

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt kein Sachvortrag vor.

7. Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt kein Sachvortrag vor.

8. Anfragen aus dem Gremium

Diskussionsverlauf:

GRM Zwarg zu den Zuschüssen des städtebaulichen Vertrags:

Kann eine Gegenüberstellung des Entwurfs des städtebaulichen Vertrags mit dem tatsächlichen Notarvertrag, bevor die Zuschüsse ausgezahlt wurden, erstellt werden, um zu verdeutlichen, bei welchen Positionen die Zuschüsse der Bauträger erfolgten.

Antwort - Erster Bürgermeister Maximilian Böttl:

Im nichtöffentlichen Teil einer Gemeinderatssitzung wurden die Zuschüsse sehr ausführlich dargestellt und protokolliert. Weitere Anfragen bitte schriftlich einreichen.

Ende der öffentlichen Sitzung um 20:34 Uhr

ANWESENHEITSLISTE**- ANLAGE 1 -****02. Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, den 01.02.2022,**

Ort: in der Aula des Gymnasiums Kirchheim, Heimstettner Straße 3, 85551 Kirchheim b. München

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21.05 Uhr

Name	Funktion	Unterschrift
------	----------	--------------

Mitglieder:

Maximilian Böttl Erster Bürgermeister

Pia Boßmann Gemeinderätin

Michael Dirl Gemeinderat

Franz Glasl Gemeinderat

Franz Graf Gemeinderat

Andrea Haas Gemeinderätin

Dr. Michaela Harlander Gemeinderätin

Dr. Johann Hausladen Gemeinderat

Marianne Hausladen Gemeinderätin

Dr. Thomas Heinik Gemeinderat

Wolfgang Heinz-Fischer Gemeinderat

Thomas Jännert Gemeinderat

Stefanie Jürgens Gemeinderätin

Stephan Keck Gemeinderat

Gerd Kleiber Gemeinderat

ANWESENHEITSLISTE

- ANLAGE 1 -

Ewald Matejka

Gemeinderat

✓

Petra Mayr

Gemeinderätin

✓

Beate Neubauer

Gemeinderätin

✓

Ilse Pirzer

Gemeinderätin

✓

Marcel Proffert

Gemeinderat

✓

Florian Sift

Gemeinderat

✓

Berit Vogel

Gemeinderätin

✓

Dr. Christian Zenner

Gemeinderat

Freischuldt

Constanze Zwarg

Gemeinderätin

✓

Rüdiger Zwarg

Gemeinderat

✓
Rüdiger

Pirzer, G.H.

Brunner - Ernst, Charlotte

Stall, Lisa

✓